Nummer 571

Berliner Börsen-Zeitung

76. Jahrgang.

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Sonntag, 7. Dezember 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung — Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter handelsteil: Walther Funk, politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhard Kenner, Inseratenteil: i. V. A. Lang, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint 6 d. Woche vollmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Zürich 40 Schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Peseten, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts — Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Kabinett Barthou?

Paris, 6. Dezember.

Infolge der Ablehnung Poincarés, die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat sich der Präsident der Republik bemüht, unter den Senatoren den Politiker zu finden, der nach Poincaré am besten geeignet wäre, die Krise zu lösen und dem Wunsche nach Versöhnung Rechnung zu tragen, der sich nach der Abstimmung am Donnerstag in Kammer und Senat gezeigt hatte. Der Präsident hat sich nun für Senator Barthou entschieden und diesem zu Beginn des Nachmittags den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt.

Barthou, der bereits einmal Ministerpräsident und mehrere Male Minister war, hat den Auftrag angenommen.

Nach der Unterredung mit dem Staatspräsidenten, die fast eineinhalb Stunden dauerte, erklärte Barthou, daß er sich zunächst mit den Präsidenten der Kammer und des Senats sowie mit Poincaré, Tardieu und Briand besprechen werde. Er hoffe, noch im Laufe des Abends den Staatspräsidenten von dem Verlaufe seiner Beratungen unterrichten zu können. Die politische Einstellung Barthous entspricht etwa derjenigen Poincarés.

Kommunismus und Kapitalismus.

Die Beziehungen Sowjetrußlands zum Ausland.

Moskau, 6. Dezember.

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, schreibt „Iswestija", sie glaube, die dauernden Erfahrungen der normalen Wirtschafts- und diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion mit Italien bewiesen die Möglichkeit ersprießlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Sowjetunion mit kapitalistischen Ländern. Das sei in der in Mailand stattgehabten Zusammenkunft zwischen Litminoff und Grandi festgestellt worden. Die Presse Frankreichs und einer Vasallenstaaten habe angesichts dieser Begegnung unglaublichen Lärm geschlagen und verbreite die verschiedensten Gerüchte, um den wahren Sinn der Zusammenkunft zu entstellen. Es bedürfe keines weiteren Beweises dafür, daß die Annäherung zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten keinem anderen Ziel dienen könne als der Festigung des Weltfriedens. In seinem Berliner Interview habe Litminoff ganz richtig festgestellt, daß Begegnungen wie die in Mailand nur bei jenen Besorgnis zu erregen vermögen, die unter der Maske der Friedensliebe die Sowjetunion oder andere Staaten isolieren und schwächen möchten. Wir haben, so fährt „Iswestija" fort, allen Grund, zu glauben, daß die sowjet-italienischen Beziehungen sich auch fernerhin ebenso ersprießlich entwickeln werden. Dieser Hoffnung habe auch der italienische Botschafter in Moskau Attolico bei Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens an Kalinin Ausdruck verliehen. Die Sowjetunion öffne ihre Türen breit für diejenigen Länder, die mit Rußland friedlich zusammenarbeiten wollen, seine Waren kaufen und in die Sowjetunion dafür die ihr erforderlichen Fabrikate und Ausrüstungen einführen. Doch jene, die in die Sowjetunion Schädlings- und Interventions-Verschwörungen importieren wollen, müßten dessen gewärtig sein, daß die Sowjetunion gegen derartige Versuche mit allen den Mitteln kämpfen werde, die ihr zu Gebote stehen.

Ein Dekret des Zentralen Russischen Vollzugsausschusses.

Moskau, 6. Dezember.

Offenbar als Folgeerscheinung des Vollmachtsmißbrauchs durch den Angestellten der Sowjethandelsvertretung in Paris, Litminoff, für den das Pariser Gericht die Sowjetregierung verantwortlich machte, erscheint heute ein Dekret des Zentralen Vollzugsausschusses, demzufolge zukünftig Abschlüsse, insbesondere Wechsel der Handelsvertretungen, immer von zwei Personen gezeichnet werden müssen, wenn sie Gültigkeit haben sollen. Die erste zeichnungsberechtigte Person ist der Handelsvertreter oder der von ihm Bevollmächtigte, der zweite Zeichnungsberechtigte wird vom Kommissar für auswärtigen Handel ernannt werden. In den Ländern, in denen die Sowjetunion Handelsvertretungen unterhält, werden die Namen der Zeichnungsberechtigten veröffentlicht werden.

Eröffnung des Schlesischen Sejm am Dienstag.

Kattowitz, 6. Dezember.

Der Schlesische Sejm wird sich in seiner Eröffnungssitzung am kommenden Dienstag, die unter dem Vorsitz des Wojewoden beginnt, hauptsächlich mit der Wahl des Präsidiums sowie einigen Dringlichkeitsanträgen beschäftigen. Unter diesen befindet sich ein Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Korfanty.

Kattowitz, 6. Dezember.

Die Freitagausgabe der „Kattowitzer Zeitung" wurde wegen des Aufsatzes „Wir und die Aufständischen" beschlagnahmt.

Reichstagsmehrheit für Notverordnung.

Die Abstimmungen.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung gestaltete sich die „große" politische Aussprache sehr eintönig. Zu erwähnen ist lediglich ein scharfer Vorstoß des Deutschnationalen Berndt gegen den Minister Wirth und eine heiterkeitserregende Erklärung des bayerischen Volksparteilers Leicht, der zwar in der Theorie die Anwendung „aller politischen und parlamentarischen Mittel" zur Bekämpfung der Notverordnung, andererseits aber praktisch die Ablehnung der Aufhebungsanträge auch durch die Bayerische Volkspartei in Aussicht stellte. Im übrigen folgten sich in schier endloser Reihenfolge Redner auf Redner. Sie hielten zumeist Monologe vor leeren Bänken.

In der siebenten Abendstunde begannen dann endlich die Abstimmungen. Sie führten zunächst zur Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember mit 293 gegen 253 Stimmen. Für die Aufhebung stimmten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, das Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten. Sodann wurde mit Einschaltung einer mäßig erregten Geschäftsordnungsdebatte darüber abgestimmt, ob der nationalsozialistische Vertrauensantrag als „nicht ernst gemeint" überhaupt zulässig sei. Die Mehrheit des Hauses verneinte mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei diese Frage. Die drei Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung wurden in einem gemeinsamen Wahlgang mit 291 gegen 256 Stimmen abgelehnt, ebenso schließlich der Antrag auf Aufhebung der alten Notverordnung vom 26. Juli mit 307 gegen 235 Stimmen, worauf sich das Haus auf Dienstag, 15 Uhr, vertagte.

(Sitzungsbericht siehe Seite 3.)

Nun endlich nach rechts!

Der parlamentarische Kampf um die Notverordnung hat den programmgemäßen Verlauf genommen. Nach den üblichen paar Dutzend Reden, von denen 75 Prozent vor leeren Bänken gehalten wurden, und nach den üblichen Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien ist die Abstimmungsentscheidung gefallen, durch die der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit einer für heutige Begriffe ganz ansehnlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Eine mit ziemlicher Spannung erwartete parlamentarische Episode ist damit zu Ende gegangen. Es hat sich nichts Aufregendes ereignet und man muß, vom Standpunkt des Theaterbesuchers gesehen, diesem Reichstag sogar eine bessere Betragensnote auf die Weihnachtszensur schreiben, als es die fünftägige Oktobertagung erwarten ließ. Manche Ungebärdigkeit hat sich, offenbar auf höheren Befehl, in Sittsamkeit gewandelt, und man hatte hin und wieder beinahe den Eindruck, als ob man ein arbeitsfähiges Parlament vor sich hätte.

Doch dieser Eindruck war nur äußerlich. Der tiefere Sinn der gestrigen Abstimmung ist der beste Beweis für diese Feststellung. Die Zusammensetzung der Mehrheit, durch die die Regierung Brüning in die Lage versetzt ist, mit Zustimmung des Reichstages die Notverordnung durchführen zu können, ist die leibhaftige Widernatürlichkeit. Es wäre naheliegend und im Sinne des Wahlergebnisses vom 14. September gewesen, wenn die Mehrheit aus der Mitte und der Rechten bestanden hätte. Es ist bedauerlich, daß es nicht zu dieser Mehrheit gekommen ist, aber auch heute noch ist die Aussicht, daß eine solche Mehrheit in diesem Reichstag zustande kommt, gering, da innerhalb der Rechten selbst nach wie vor Abgründe klaffen. Man braucht ja nur daran zu denken, daß der Nationalsozialist Goebbels dieser Tage seine Nachbarn im nationalen Lager als einen „hinkenden Mistkaufen" bezeichnete. Das Versagen, oder Sichversagen, der Rechten hat zur Folge, daß die Sozialdemokraten nach außen hin sich als die Retter der Nation aufspielen. Denn es ist kein Geheimnis mehr, daß die Zustimmung des Parlamentes zur Notverordnung vom kreditpolitischen Standpunkt aus für das Deutsche Reich von den zuständigen Stellen als wünschenswert erachtet wurde. Der Reichskanzler hat sich nun der Sozialdemokratie bedient, um sich die Mehrheit für die Notverordnung herzustellen. Die Meinungen über die Absichten und Gefühle, die die verantwortlichen Regierungsmänner hierbei getragen haben, gehen in den politischen Kreisen auseinander. Die einen sagen, Brüning habe in kalter Berechnung die Sozialdemokratie „verhaftet" und sie gezwungen, die Aufhebung der Notverordnung abzulehnen. Er habe mit Sprengung der Preußenkoalition gedroht und habe es auch an Hinweisen auf die Möglichkeit der Reichstagsauflösung und auf Ausschreibung von Neuwahlen nicht fehlen lassen — alles Angelegenheiten, die in der gegenwärtigen Situation den Sozialdemokraten höchst unangenehm sind. Die andern sagen, die abermalige Ablehnung des Zentrums an die Sozialdemokratie sei auch dieses Mal nicht taktischer Natur, sondern entspreche einem oft zutage getretenen inneren Triebe. Wir haben in den letzten Tagen mehrfach Argumente ins Feld führen müssen, die für die Richtigkeit dieser letzteren Vermutung sprechen. Wie dem aber auch sei: die Realität der durch die gestrigen Abstimmungen des Reichstages geschaffenen Lage läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Notverordnung, die das Sanierungsprogramm enthält, in Kraft und parlamentarisch sanktioniert ist; wir sehen in diesem Augenblick davon ab, die Frage anzuschneiden, ob die praktische Zustimmung des Reichstages zu einer auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Notverordnung tatsächlich wegen des Auslandes in kreditpolitischer Beziehung notwendig war, und möchten diese Episode nur als abgeschlossen gelten lassen mit der wiederholten Feststellung, daß nach unserer Meinung das parlamentarische

Der französisch-englische Abrüstungsbericht.

Deutscher Generalvorbehalt — Rußland lehnt ab.

TU **Genf**, 6. Dezember.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes trat am Sonnabend abend in die Schlußberatungen des Generalberichtes an den Völkerbund ein, in dem die fünfjährigen Verhandlungen des Ausschusses sowie die Vorbehalte der einzelnen Abordnungen zusammenfassend dargelegt werden.

Der Generalbericht beginnt mit der Feststellung, der Abkommensentwurf sei auf den Vorschlägen der englischen und französischen Regierung aufgebaut. Der Artikel 1 des Entwurfes, nach dem sich die vertragschließenden Staaten verpflichten, ihre Rüstungen zu begrenzen und „falls möglich" herabzusetzen, wird als die entscheidende Hauptbestimmung bezeichnet. Bezeichnenderweise sieht der Bericht bereits die Möglichkeit des Aufrüstens vor. **Einige Regierungen seien nicht in der Lage, an eine Herabsetzung ihrer Rüstungen zu schreiten, da ihre gegenwärtigen Rüstungen bereits weit davon entfernt seien, die nationale Sicherheit zu gewährleisten.**

Graf Bernstorff verlangte die Feststellung in dem Bericht, daß das Abkommen nur von der Mehrheit angenommen worden sei, und forderte Aufnahme eines deutschen Generalvorbehalts, wonach die deutsche Abordnung sich das Recht vorbehalte, auf der Abrüstungskonferenz den grundsätzlichen deutschen Standpunkt darzulegen.

Lunatscharski lehnte die Mitarbeit an dem Generalbericht ausdrücklich ab, da Sowjetrußland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, ferner der Bericht die Tendenz zeige, vor der öffentlichen Meinung die Ablehnung jeder Abrüstung zu rechtfertigen. Die sowjetrussische Abordnung werde zum Schluß der Tagung ihren Standpunkt zum Abrüstungsproblem darlegen.

Der endgültige Abschluß der gegenwärtigen letzten Tagung des Abrüstungsausschusses ist, wie wir bereits meldeten, für Dienstag abend vorgesehen.

Neue schwere Deutschenmißhandlung in Ostoberschlesien.

Beuthen, 6. Dezember.

Wie die „Ostdeutsche Morgenpost" meldet, ist in Kattowitz eine neue brutale Deutschenmißhandlung verübt worden. Der 63 Jahre alte deutsche Hoheisel sprach dieser Tage in einer Gastwirtschaft in deutscher Sprache mit Bekannten über die polnischen Gewalttaten während der Wahlen. Ein am Nebentisch sitzender jüngerer Mann — wie sich später herausstellte ein polnischer Reserveoffizier namens Palla — mischte sich in das Gespräch. Als Hoheisel sich dies auf polnisch verbat, verließ der Pole das Zimmer, kehrte aber mit vier uniformierten Aufständischen zurück, die den alten Mann vom Tisch rissen, verprügelten und über die Treppe auf die Straße warfen. Dort wurde er weiter mit Stöcken, Biergläsern und mit Zuftritten mißhandelt. Als Passanten hinzukamen, erklärte der Reserveleutnant: „Das ist ein verfluchter Deutscher!" Beim Herannahen weiterer Leute ließen die Aufständischen Hoheisel auf der Erde liegen und versuchten zu entkommen. Mehrere Passanten holten sie aber beim Postscheckamt ein und nahmen ihnen ein Bierglas ab, das völlig zersplittert und mit Blut besudelt war. Ein Polizeibeamter, der sich in der Nähe des Tatortes befand, weigerte sich zunächst, die Täter festzunehmen und fragte entrüstet, wie die Deutschen dazu kämen, uniformierte Aufständische zu verfolgen. Diese hatten sich inzwischen in einem Hause zu verstecken versucht. Auf dringendes Verhalten nahm die Polizei sie aber dann doch fest. Der mißhandelte alte Mann hat blutende Wunden davongetragen. Sein Zustand hat sich inzwischen so verschlimmert, daß ernstliche Lebensgefahr besteht.

Neuer polnischer Gesandter für Berlin?

TU **Warschau**, 6. Dezember.

Das Regierungsblatt „Kurjer Czerwony" berichtet von einem bevorstehenden Revirement im polnischen auswärtigen Dienst. So soll ansiedle des Gesandten in Berlin, Knoll, der bisherige stellvertretende Außenminister Wysocki treten, der ursprünglich als Botschafter für Ankara in Aussicht genommen worden war.

Deutsche Philologen gegen Polenterror.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Philologenverbandes faßte am Sonnabend einstimmig folgende Entschließung:

„Die jüngsten Vorfälle in Polen, die unerhörten Gewalttaten und Rechtsbeugungen, denen deutsche Minderheiten dort schutzlos ausgesetzt waren, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Rechtlosigkeit und kulturelle Gefährdung unserer deutschen Volksgenossen in den abgetrennten Gebieten. Sie kämpfen einen verzweifelten Kampf um ihre deutschen Schulen, um ihren Kindern die deutsche Sprache und deutsche Kultur zu erhalten. Je größer ihre Not, um so größer unsere Verpflichtung. Als einst jene deutschen Gebiete in die Hand der Polen übergeben werden mußten, legte der damalige Reichspräsident Ebert im Namen des gesamten deutschen Volkes das feierliche Gelöbnis ab: „Treue um Treue! Für das Recht unseres deutschen Volkstums wollen wir gemeinsam einstehen, allezeit und mit ganzer Kraft!" Es ist Zeit, an dieses feierliche Versprechen zu erinnern. Mögen die bedauerlichen Vorfälle das deutsche Gewissen wachrufen, den Gedanken der gegenseitigen Verpflichtung aller Deutschen neu beleben und überall in Deutschland den Willen stärken, durch freiwillige Hilfstätigkeit gefährdetes Deutschtum zu erhalten. Möge aus Gewalttat und Unrecht unserem Volkstum neue Kraft erstehen. Der Vorstand des Deutschen Philologenverbandes fordert seine Mitglieder erneut auf, mit aller Wärme für den Gedanken der deutschen Volksverbundenheit zu wirken und für die Erhaltung des gefährdeten Deutschtums im Grenz- und Ausland tatkräftig einzutreten."